

SPÖ und Liste Fritz kritisieren Agrar-Stichtag

Innsbruck – Keinen Befreiungsschlag, sondern einen Rückschritt würden ÖVP und Grüne mit der neuen Stichtagsregelung im Agrargesetz vorlegen. Zu diesem Befund gelangen Liste Fritz und die SPÖ. „Statt das Agrarunrecht endlich zu beenden und den Gemeindebürgern das zurückzugeben, was ihnen zusteht, schafft Schwarz-Grün mit diesem Agrargesetz neue Unge-

rechtigkeiten und schützt Täter und Mittäter von damals“, erklären Liste-Fritz-Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider und SP-Agrarsprecher Georg Dornauer. Auch AK-Chef Erwin Zangerl kritisiert in seiner Stellungnahme den neuen Stichtag 1998. „Das bedeutet, dass alle Ansprüche davor erlöschen“, betont Anwalt und Ex-Fritz-Mandatar Andreas Brugger. *(TT)*



Bis 1998 zurück können Gemeinden ungerechtfertigte Ausschüttungen der Agrar einfordern.

Foto: Mühlanger